

Herbert Kastner

Ist das noch Bildungspolitik?

(zu Artikeln zur Schulpolitik, HAZ vom 25.02.09)

Dass diese Landesregierung in der Bildungspolitik ziellos handelt, kann man nicht behaupten. Nach dem Grundsatz „Weiter so“ verfolgt sie seit Jahren mit immer neuen Einfällen ein festes Ziel: Gesamtschulen müssen behindert werden, wenn man sie schon nicht mehr verhindern kann. Dabei hat der bewundernswerte Einfallsreichtum der Kultusministerin anscheinend keine Grenzen.

Die allen guten Ratschlägen und Forderungen widersprechende Bestimmung der Mindestgröße einer Integrierten Gesamtschule zeigt erneut, dass die dafür Verantwortlichen von Schule nichts oder zu wenig verstehen. Die Untersagung eines vollen Ganztagsbetriebs an neuen Gesamtschulen beweist unter anderem, dass auch die Bedeutung von Schulleben und eines guten Lernklimas entweder nicht bekannt ist oder schlicht geleugnet wird. Und das jetzt vorgesehene Turbo-Abitur an Integrierten Gesamtschulen mit der Vergleichbarkeit mit Gymnasien zu begründen, ist bewusste Irreführung, weil einem jeden bekannt sein muss, dass Gesamtschulen nicht Gymnasien, sondern allenfalls das gegliederte Schulsystem, also Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien zusammen ergänzen oder ersetzen. Ist auch das dem Kultusministerium unbekannt oder liegt auch hier eine bewusste Verdrehung der Wirklichkeit vor? Über eins muss sich das Kultusministerium klar sein. Die anerkannte, wissenschaftlich begründete und gesellschaftlich geforderte Gesamtschule wird es nicht zerstören können, und es wird ihm auch nicht gelingen, die mit vielen Schulpreisen ausgezeichnete Schulform „Gesamtschule“ in ihrer Weiterentwicklung nachhaltig aufzuhalten.

Auf eins können sich Eltern, Schulträger und Lehrer leider verlassen: Eine solche Schulpolitik kennt nur ein Ziel, und das heißt „Weiter so“! Und die einzelnen Handlungen ähneln seit PISA I „Schnellschüssen“ ohne gründliche und umfassende Überlegung oder gar ein nachhaltiges Konzept. Wie die ganze Schulpolitik der letzten Jahre lässt das auch die Unterrichtsversorgung erkennen. Man greift jetzt nach jedem Strohalm, selbst wenn dieser von vornherein zur Rettung nicht geeignet ist. Dass Lehrer sich, wie es neulich gesagt worden ist, in einem weiteren Punkt sicher sind, dann darin, immer wieder „vor das Schienbein getreten“ zu werden. Neben der Verunsicherung in ihrer Schularbeit durch Neuerungen, die bloßen Reparaturarbeiten gleichen, neben der Einengung ihrer pädagogischen Arbeit durch fortwährende Tests anstelle einer besseren Lernkultur werden sie jetzt zur Mehrarbeit aufgefordert, nachdem das Vertrauen in den Dienstherrn durch dessen Wortbruch erschüttert ist.

Eine verantwortliche Bildungspolitik sieht jedenfalls anders aus. Sie ist weitsichtig und verlässlich und beruht auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit, Solidarität und umfassender Leistung. Sie berücksichtigt Ergebnisse internationaler Untersuchungen ebenso wie Anforderungen der Gesellschaft, und sie gibt kein Kind verloren, sondern fördert es individuell nach seinen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Interessen. Sie schafft die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen und behindert Schulen nicht, sich als „lernende Institutionen“ weiter zu entwickeln. Dazu aber brauchen wir heute mehr denn je ein „lernendes Kultusministerium“. Sollte es dafür bereits zu spät sein?